

OECD: Deutschland investiert weniger in Bildung als seine Nachbarn

geschrieben von Redakteur | September 10, 2024



Weniger Ausgaben pro Schüler*in an Grund- und weiterführenden Schulen als im OECD-Durchschnitt

Deutschland vernachlässigt seine Schulen, belegt ein eben veröffentlichter OECD-Bericht: 2021 flossen demnach 4,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in die Bildungseinrichtungen von Grundschulen bis Hochschulen. Der OECD-Durchschnitt lag bei 4,9 Prozent. Auch pro Bildungsteilnehmer in Grund- und weiterführenden Schulen gibt Deutschland weniger aus als vergleichbare Nachbarländer wie Dänemark und Österreich.

Ausländische Schüler müssen mehr

gefördert werden

Ein schlechtes Zeugnis, denn die Finanzbedarfe sind zuletzt gestiegen. Gerade bei der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund fehlen Milliarden. So ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von 15 Jahren in den letzten zehn Jahren um 13 Prozentpunkte gestiegen und lag 2022 bei fast 39 Prozent. Ihre Eltern haben oft ein geringeres Bildungsniveau, viele von ihnen sprechen zu Hause kein Deutsch – und sie haben seltener den Kindergarten besucht. Das erschwert den Erwerb von Sprach- und Lesekompetenzen – Fähigkeiten, die für den Bildungserfolg entscheidend sind, wie aus dem neuen Bildungsmonitor hervorgeht.

Kritische Lage an Brennpunktschulen

Besonders kritisch ist die Lage an Schulen, in denen die Mehrheit der Schüler einen Migrationshintergrund hat. IWAuswertungen von Pisa-Daten zeigen: Mehr als jeder Dritte 15-jährige Jugendliche mit Migrationshintergrund ging 2022 auf eine Schule, in der über 75 Prozent der Mitschüler einen Migrationshintergrund aufweisen. Für diese Schulen ist es besonders schwierig, die notwendige Förderung zu leisten. Die Folge: Kinder mit Migrationshintergrund werden abgehängt und erreichen oft nicht die Ausbildungsreife.

Investitionen lohnen sich

Deshalb ist gezielte Förderung der Schlüssel gegen ungleiche Bildungschancen. Das Startchancenprogramm des Bildungsministeriums ist ein guter Ansatz: Über zehn Jahre werden jährlich zwei Milliarden Euro in etwa zehn Prozent der Schulen mit den größten sozialen Herausforderungen investiert. IWBerechnungen zeigen, dass diese 20 Milliarden Euro langfristig 56,3 Milliarden Euro in die Staatskasse spülen – zum Beispiel durch zusätzliche Steuereinnahmen und niedrigere

Transferleistungen. Der Nettoeffekt beträgt damit langfristig beim Staat 36,3 Mrd. Euro. Und es wäre sogar noch mehr möglich: Würde das Programm mit 80 Milliarden Euro auf 40 Prozent der Schulen ausgeweitet, könnten über zwei Drittel aller benachteiligter Schüler davon profitieren – möglicher Nettoeffekt für die Staatsfinanzen: über 100 Milliarden Euro.

Die Kinder werden unsere Zukunft gestalten

„Die Politik muss die Bildung von Kindern mehr in den Fokus rücken. Mehr Investitionen zahlen sich langfristig aus – sozial und wirtschaftlich“, sagt IW-Bildungsexperte Axel Plünnecke. „Letztlich sind es die Kinder, die zukünftig die Wirtschaft tragen, die Gesellschaft prägen und unseren Wohlstand sichern“.

Axel Plünnecke / Christina Anger: Institut der deutschen Wirtschaft